

# Der Gesellschaftler

## Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

### Nagolder Tagblatt

erscheint an jedem Werktag, Besetzungen nehmen sämtliche Postenstellen und Postboten entgegen.

Bezugspreis vom 20. bis 26. Dez. 50 Goldpfennige, einjähr. 4.50 Goldpfennige, einjähr. 10 Goldpfennige, Grundpreis f. Anzeigen: Die einseitige Zeile auf gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 12 Goldpfennige, Familienanzeigen 10 Goldpfennige. Bei gerichtl. Beitreibung und Konturgen ist der Rabatt hinsichtlich.

Redaktionelle Leitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Telegraphische Adresse: Gesellschaftler Nagold.

Postfachnummer: Stuttgart 5113.

Nr. 299

Freitag den 21. Dezember 1923

97. Jahrgang

### Tagesnebel

Im bayerischen Landtag hat das Ermächtigungsgesetz für Bayern die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht gefunden. Die Bayer. Volkspartei hat einen Antrag auf Auflösung des Landtags eingebracht.

Die Deutschhannoversche Partei hat bei der preussischen Regierung beantragt, im Januar in Hannover eine Volksabstimmung über die Umgestaltung hannovers zu einem selbständigen Bundesstaat vorzunehmen. Die Regierung hat noch keinen Beschluß gefaßt.

Admiral Konrad Roffe hat in Griechenland während der Abwesenheit des Königs die Regentschaft übernommen.

Die türkische Regierung in Ankara hat nach einer Neuermessung das mit amerikanischen Finanzgesellschaften abgeschlossene Abkommen über den Bau von Eisenbahnen und die Ausbeutung von Erdölquellen in Kleinasien, das nach dem amerikanischen Vermittler genannte Geheiß-Abkommen, für unzulässig erklärt.

Inzwischen den mexikanischen Bundesstruppen und den Aufständischen ist ein Waffenstillstand vereinbart worden. Der aufständische General Huerta verhandelt mit dem General Macías, dem Befehlshaber der Regierungstruppen, über Einstellung der Feindseligkeiten.

gierung vorläufig noch gar keinen Zugriff auf solche Mittel haben, so wenig wie das Ausland selbst. Denn es handelt sich um Privateigentum im Friedenszustand. Die Washingtoner Regierung hat die Beschlagnahme deutscher Guthaben in Amerika ausdrücklich abgelehnt. Im übrigen wird man über diese Frage und ihre Beziehung zum Versailler Vertrag Näheres hören, wenn der Untersuchungsansatz der deutschen Kapitalflucht tagt. Was ebenfalls hoffentlich noch im alten Jahr oder spätestens mit Beginn des neuen geschieht.

### Das weiße und das schwarze Frankreich

Aus London wird geschrieben:

Die Londoner Presse hat wieder über den neuen Versuch der deutschen Regierung, mit Poincaré politische Unterhandlungen zu eröffnen, wenig Worte verloren. Die heutigen Herren Frankreichs, so meint man in London, werden Rhein und Ruhr freiwillig nimmermehr herausgeben und sie sind zu sehr überzeugt, daß sie die Bewohner durch ein Fortfahren mit den bisherigen fanatischen Methoden schließlich doch zu einer bedingungslosen Unterwerfung, ja zu allen ihren Wünschen zwingen können. Wenn sich dann das übrige Deutschland durch den vergeblichen Versuch, diesen Prozeß aufzuhalten, noch vollends ruinieren und schließlich auflösen muß, so werde auch das Poincaré und seine Freunde sicher nicht betrüben, da für sie die Einbuße aller bisherigen Entschädigungszahlungen durch die Herrschaft über das größte europäische Industriegebiet mehr als aufgehoben werde.

Wenn Poincaré sich überhaupt auf die von Deutschland nachgekauften Unterhandlungen einläßt, so bestimmt ihn dazu nach der Auffassung in London die Hoffnung, aus dem geschundenen und verarmtesten Deutschland schließlich noch eine Waffe für seine bevorstehenden Auseinandersetzungen mit England schmieden zu können, dadurch, daß er der deutschen Regierung in irgendeiner Form eine Anerkennung der Rechtmäßigkeit und Gültigkeit der französischen Ruhrpolitik abringt. Es ist in dieser Beziehung sehr bezeichnend, daß Poincaré in seiner Antwort auf die deutsche Anregung die Behauptung in den Vordergrund rückt, daß Frankreichs ganze Politik gegen Deutschland sei auf die „ehrliebe Ausführung des Versailler Vertrags“ begründet, während in Wahrheit seine Forderung des Ruhrgebietes und sein Versuch, die Abtrennung des Rheinlandes zu erzwingen, um mit dem „Oberer“ zu reden, eine grobe und überlegte Verletzung des öffentlichen Rechts von Europa, eine direkte Verletzung des Vertrags von Versailles“ darstellt.

Auf die französischen Hintergedanken wirft übrigens ein Brief ein gutes Licht, den der französische Historiker Jacques Barthou dieser Tage an die „Times“ richtete. Er beklagte sich bitter darüber, daß die „Times“ eine Politik der Opposition gegen die französische Regierung an Rhein und Ruhr unterstütze, obwohl Frankreich bereit sei, England an den Errungenschaften seines Sieges teilnehmen zu lassen und warnt: Die Fortsetzung einer solchen Politik Englands werde zu einem wirtschaftlichen Bund zwischen Deutschland und Frankreich führen. Ein solcher Bund, sagt er hinzu, wäre ein Schlag von dauernder Bedeutung für Englands Gebiete und ein solcher Bund sei heute möglich. Die Fühlung sei hergestellt, das Zusammenarbeiten beginne eine Wirklichkeit zu werden. Das Rheinland werde dann eher eine Brücke als eine Schranke zwischen den beiden Völkern sein. Kein politisches Hindernis verpörrte länger den Weg zu einer Annäherung. Die Fortdauer der französisch-britannischen Unabhängigkeit und das Ende des passiven Widerstands bildeten eine verheißungsvolle Gelegenheit. Die Strömung, die sich in Frankreichs öffentlicher Meinung zeigt, wachse mit eindringender Kraft.

Die Schwäche von Poincarés Stellung erblickt man in London darin, daß er, um seine Wahl zu gewinnen, der französischen Wählern greifbare Erfolge seiner Ruhrpolitik zeigen muß, und daß ihm dies ohne Bereitwilligkeit und Rithilfe Deutschlands unmöglich sein wird. Darum schreibt heute: „Was Poincaré gebraucht, ist die deutsche Anerkennung und Hinnahme der besetzten Gebiete. Als Ergebnis seines Werks kann er nichts anderes aufweisen als Zerschörungen. Für Frankreich war der Einbruch ins Ruhrgebiet ein reiner Verlust, Frankreichs Kredit verschlechtert sich beständig. Poincaré ist der Gefangene seiner eigenen Politik.“

Man darf nicht vergessen, daß Poincaré, als die Franzosen ins Ruhrgebiet einmarschierten, den Belgiern versprochen, er werde durch diese Methode im Lauf des Jahres die ganze Summe einreiben, die Deutschland unter der Londoner Zahlungsplan für das Jahr 1923 schulde. Tatsächlich muß die unendlich kleine Summe, die er so eingetrieben hat, Belgien zufallen, während Frankreich nicht um nichts erhöht, sondern sich um Hunderte von Millionen Franken ärmer findet. Daher im französischen Volk zunehmendes Mißtrauen gegenüber den Staatsfinanzen und der zunehmenden Inflation, die sich in dem schweren Fallen der

Franken während der letzten Tage und der ständigen Verteuerung des Lebens verrät.

Die französische vorwundbare Stelle von Frankreichs auswärtiger Politik deckt aber der berühmte englische Diplomat und Deuter H. G. Wells von einem höheren Gesichtspunkt aus auf, wenn er in der „Westminster Gazette“ sagt, daß ihr ganzer Erfolg schließlich von der Bewirkung des Traums von einem schwarzen Frankreich abhängt, auf das Poincaré in der „himmlischen Rede die je ein verantwortlicher Staatsmann gehalten hat“, die Aufmerksamkeit der Welt gelenkt habe, und die weder für Britanien, noch für Italien, noch für Spanien, noch für die Welt überhaupt „duldbar“ sei. Wie denn die erste Frucht der schwarzen französischen Politik und von Poincarés Reden von dem schwarzen Frankreich in der italienisch-spanischen Verständigung für gemeinsame Vorbereitungen zu sehen sei, um die Rabeschar zwischen dem weißen und dem schwarzen Frankreich durchzuschneiden, wann immer eine passende Gelegenheit eintreten werde. Man läge dem französischen Volk vor, es handle sich um ein Bündnis mit Italien und Spanien um ein Bündnis, um England vom Mittelmeer fernzuhalten, während es in Wirklichkeit ein Bündnis ist, um das schwarze Frankreich, wo heute großartige Bahnen gebaut werden, in Schranken zu halten. Die einstige Volkstümlichkeit Frankreichs zu verlieren, sich unter einem schwarzen Schotter und immer mehr erkennen die Welt in Frankreich die egoistischste aller Nationen.

### Zur Frage der Hypothekenaufwertung

Reichstagsabgeordneter Dr. Deermann in Köln hat an den Reichsfinanzminister Gamminger folgende Eingabe gerichtet: Das Reichsfinanzministerium soll nach Zeitungsmeldungen mit Hilfe des Reichsjustizministers durch Rotverordnungen die Aufwertung von Hypotheken, Obligationen usw. überhaupt höchstwahrscheinlich verhindern und sehr — bei Form nach — entwerteter Forderungen verhindern bezw. die Aufwertung in den öffentlichen Säckel leiten wollen. Indem ich gleichzeitig auf die zwei Artikel in der Rheinischen Zeitung vom 15. Dezember hinweise, möchte ich mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß die weitesten Kreise des katholischen rheinischen Volkes und des Rheinlands die lebendige Überzeugung vertreten, daß nach katholischer Sittenlehre und öffentlicher Meinung das Privateigentum aus dem Staate heilig zu halten ist, daß die Verweigerung der Schuldenerkenntnis und der Bezahlung nach dem Grundsatze gleicher Rückleistung dem Werte nach eine schwere Sünde ist. Das 7. und 10. Gebot gelten noch für einzelne und Gesellschaften, auch für den Staat. Gerade die Rentner und der kleinere Mittelstand überhaupt, das kann ich bezeugen, haben ihre Hypotheken und mündelsicheren Papiere behalten, weil sie glaubten und hoffen, bis der Verkauf sich nicht mehr lohnte. Und alle die Rinder, welche die Lasten derart tragen und behalten mußten, sind in gleicher Lage. Außerdem erschütterte in der Rheinischen Zeitung die Entwertung der Renten und Aktien die soziale Gerechtigkeit, die allerdings nicht der Zweckpunkt der Kapitalgier ist? Der Reich muß gleichmäßig betroffen werden. Daran würde es doch sehr fehlen, falls eine Rotverordnung die Aufwertung verbieten oder verweigern würde. Ich warne, Deutschlands Staatsbankrott darf nicht ganz in den Abgrund stürzen.

### Auflösung der Flüchtlingslager

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat die Reichsregierung eine Verordnung über die Auflösung der Flüchtlingslager erlassen. Es handelt sich dabei um Deutsche, die in Verfolg des Friedensvertrags aus dem Ausland oder den abgetretenen Gebieten ausgewiesen sind, und zwar um insgesamt 22 000 Köpfe. Nach dieser Verordnung sind die deutschen Bundesstaaten verpflichtet, die in den Lagern befindlichen Flüchtlinge nach einem vom Reichsrat aufzustellenden Verteilungsplan bis zum 1. März des nächsten Jahres zu übernehmen und sie an die Gemeinden weiter zu verweisen. Die Gemeinden sind verpflichtet, die Flüchtlinge bei der Unterbringung vorzugsweise zu berücksichtigen, und zu diesem Zweck berechtigt, Räume jeder Art in Anspruch zu nehmen, mit Ausnahme von Neubauten und Umbauten, die nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind oder noch bezugsfertig sind. Für die Herabgabe von Räumen und Einrichtungsgegenständen hat der Flüchtling den durch die Benutzung Betroffenen eine angemessene Vergütung zu gewähren, die, falls eine Einigung nicht zustande kommt, durch die Gemeinde oder durch eine von der obersten Landesbehörde zu bestimmende Stelle festgestellt werden kann. Die Gemeinde kann jedoch auch allgemeine Sätze für die Vergütung festlegen.

Nach Mitteilung des Reichsstaatsministers für Flüchtlingsangelegenheiten wird der Abbau der Flüchtlingslager dadurch erleichtert, daß die Gemeinden Flüchtlinge, die aus den Heimatsorten in ein Vertretungsgebiet außerhalb des Lagers bereits entlassen

llig erschuldigt  
an manuelle und  
kunft des Wägers  
örland gesprochen  
Wörland anders  
sprach über dem  
obl in die Fremde  
ngzünkel zwischen  
diesem Sonntag  
am Goldarbeiter,  
schrift er durch die  
den weiten Ge  
nt; er trat in das  
n, die Post durch  
und etwa wichtige  
end gewesen, aber  
e in sein Wesen  
mar ein Mann  
er den Resten  
sch bereit, ihm im  
reisen. Wer weiß  
des Alters sich  
inmal fort mußte,  
schon im Amte.  
ochter so sehr am  
ja nicht, daß es  
ist, zeigt, daß du  
des Onkels, dem  
wie ein Ehren  
schreibt. Magnum  
kleinen Feastes  
s gesante Kontra  
erlegung folgt.  
etroffen ist  
igten Preisen  
n prima wisses  
chsalz  
Siebelsal)  
ma roies  
chsalz  
Siebelsal)  
in jedem Quan  
1227  
& Schmid  
Nagold.  
bchen-  
esuch.  
Jan. ob. 1. Febr.  
ebliches, fleißi  
stimmädchen.  
1237  
Weihnachten,  
agold.  
en. Journierten  
u. Weißzeug-  
prank  
e 1,35 breit  
machtsgabe ge  
erkaufst.  
nt die Geschäfts-  
Blätter. 1238  
endes Büchlein  
Kinder ist:  
Sang!  
el Verschen  
Bildern.  
45 J bei  
adlg. Zaiser.  
nhrslos-  
Bogen  
pleibt  
aiser, Nagold.



aus irgendwelchen Gründen arbeitslos geworden, in die Heimatlager zurückzuführen. Diese Lager sind im Zweck, den in Mitteldeutschland aus dem Ausland zurückkehrenden Grenzgebietlern ein Unterkommen zu gewähren und ihre mögliche Umstellung in das freie Erwerbsleben vorzubereiten zu führen. Mit der Ueberführung der Flüchtlinge in Arbeits- und Wohnstätten außerhalb der Lager ist die Lösung erreicht, und sie scheiden damit aus der Lagerfürsorge aus. Es dürfen deshalb künftig ausgeschiedene Flüchtlinge den Heimatlager nicht wieder zugeleitet werden.

## Neue Nachrichten

Un glaublich, aber wahr

**Berlin, 20. Dez.** Der Reichsdevisenkommissar hat den Kornbrennereien die verlangte Freigabe von Devisen zum Einkauf von Mais abgeschlossen mit der Begründung, eine Vermehrung der Erzeugung von Schlempe-Viehfutter sei nicht erwünscht. Wenn es an Winterfutter fehle, so müsse das Vieh eben verkauft werden. — Die Schlempe ist nicht nur ein hochwertiges Futter für Fleischbildung, sondern wirkt auch hervorragend milchproduzierend. Heute ist der Milchbrot des Viehs im Jahresdurchschnitt etwa um ein Drittel geringer als in der Vorkriegszeit, und das kommt daher, daß hochwertige Futtermittel wegen ihrer Kostspieligkeit gar nicht oder nur in geringem Maß verwendet werden können. Daß unter diesen Umständen die vermehrte Schlempe-Erzeugung unerwünscht sei, ist jedenfalls eine Ansicht, die fraglich ist. Der Reichslandwirtschaftsminister hat gegen das Verbot des Devisenkommissars beim Reichslandwirtschaftsministerium Beschwerde erhoben.

### Die Ministerpräsidentenwahl in Sachsen gescheitert

**Dresden, 20. Dez.** Die Parteien des sächsischen Landtags konnten sich über die Wahl eines Ministerpräsidenten nicht einigen und die Sitzung wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Um die Auflösung des Landtags zu vermeiden, haben sich Demokraten und Sozialdemokraten wieder vereinigt. Es soll versucht werden, auch die Deutsche Volkspartei dafür zu gewinnen.

### Das bayerische Ermächtigungsgesetz abgelehnt

**München, 20. Dez.** Bei der gestrigen Abstimmung über die Regierungsvorlage des Ermächtigungsgesetzes wurden 15 Stimmen abgegeben. 91 Stimmen (Bayer. Volkspartei und Mittelpartei) waren dafür, 54 (Demokraten, Sozialdemokraten und Bayer. Bauernbund) dagegen. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit ist somit nicht erreicht und das Gesetz abgelehnt. Abg. Dr. Held gab für die Bayer. Volkspartei die Erklärung ab, nach den Mitteilungen des Finanzministers Dr. Krausnick sei die Finanzlage des Reichs angesichts der geradezu trostlosen und rückwärtsgehenden Sparmaßnahmen und größten Opferwilligkeit sei ernüchtert, um den Zusammenbruch abzuwenden. Ohne Ermächtigungsgesetz seien aber wirksame Maßregeln nicht möglich. Seine Partei werde alles dafür tun und werde unter diesen Umständen sich mit einem Aufbruch zur Auflösung des Landtags an die Wähler zu wenden. Da auch der Bayerische Bauernbund sich den Geheuern des Gesetzes heigelt habe, gelte dieser als ausgeschlossen aus der Regierungskoalition. Damit gilt die Stellung des Landwirtschaftsministers Dr. Hülshof (Bayer. Bauernb.) für erledigt.

Der Landtag nahm einen Antrag (B. Volksp.) an, daß die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verordnungen des Generalstaatskommissars durch den Landtag nachgeprüft werden sollen.

Die Bayerische Volkspartei hat einen Antrag auf Auflösung des Landtags eingebracht. Nach der bayerischen Verfassung müssen zur Abstimmung darüber zwei Drittel aller Abgeordneten sein und von diesen mehr als die Hälfte dafür stimmen. Es müssen also 80 Stimmen dafür sein. Die Bayerische Volkspartei verfügt über 65 Stimmen.

Die Bayer. Mittelpartei (Deutschnationale) hat den Antrag eingebracht, daß beim Abbau der Landtag mit gutem Beispiel vorangehe; die Zahl der Abgeordneten soll wesentlich herabgesetzt werden.

Während der gestrigen Verhandlungen waren für das Landtagsgebäude umfangreiche Sicherheitsmaßregeln getroffen worden, da man befürchtete, daß der Landtag überfallen werden könnte. Die Post- und Telegraphenämter waren durch Schuttpolizei besetzt, die Abendausstellung im Nationaltheater mußte unterbleiben.

### Anschlag auf Kahr?

**München, 20. Dez.** Die Polizeidirektion erhielt Kunde, daß wegen des Generalstaatskommissars ein Anschlag vorbereitet werde. Ein Schachspieler aus Sachsen namens Hans Barchel wurde verhaftet. Er gab an, daß er beabsichtigt habe, Kahr zu erschlagen.

### Beginnt es in Paris zu kriseln?

**Paris, 20. Dez.** Zu einem Antrag des Obersten Debat (Soc.) in der Kammer, die Leistungszulagen der Beamten von 720 auf 1800 Franken zu erhöhen, erklärte Finanzminister De Lasteyrie, der Antrag würde eine Mehrausgabe von 1100 Millionen Franken bringen, ungerade die Ansprüche der Pensionäre usw. Die Regierung werde die Vertrauensfrage stellen, und wenn die Kammer den Antrag ablehne, so müsse er mit einer anderen Regierung durchgesetzt werden. Die Abstimmung wurde auf Freitag verschoben.

### Das französische Wahlgesetz

**Paris, 20. Dez.** Der Wahlrechtsausschuß des Senats hat sich mit allen gegen eine Stimme dafür ausgesprochen, daß die Bezirks- und Wahlkreiswahlen wieder eingeführt werden. — Die Regierung hatte sich dagegen und für die Verhältnis- und Listenwahl ausgesprochen und darüber sogar in der Abgeordnetenkammer die Vertrauensfrage gestellt. Die Kammer war in ihrer Mehrheit ebenfalls für Wiederführung der Bezirkswahlen gewesen, hatte dann aber wegen der Vertrauensfrage doch den Regierungsentwurf angenommen.

### Hemmungen ohne Ende

**Washington, 20. Dez.** Senator Watson brachte den Antrag ein, von dem in den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Vermögen sollen die aufgelaufenen Zinsen, die mindestens 27 Millionen Dollar ausmachen müssen, dazu verwendet werden, Weizen und Fett für Deutschland aufzukaufen. Die staatlichen Verwalter erklärten hierauf, die beschlagnahmten Vermögen werden nicht verzinst, es gebe also daraus auch keine Mittel für eine Hilfsendung nach Deutschland.

### Die „Flottenabrüstung“

**Washington, 20. Dez.** Die englische Regierung hat gegen die beabsichtigte Erhöhung der Panzerflotte auf den amerikanischen Kriegsschiffen, wodurch die Reichweite der Geschütze erhöht werden soll, Einspruch erhoben, da die Maßnahmen dem Abkommen über die Flottenabrüstung widerspreche. Die amerikanische Regierung wird auf ihren Plan nicht verzichten.

### Wahltag der Hindus

**Kalkutta, 20. Dez.** Bei den letzten Wahlen zum ostindischen „Parlament“ hat die Nationalpartei der Hindus einen Sieg errungen. Der britische Gouverneur, Lord Lytton, hat dem Führer der Nationalpartei, Das, an, eine „mit beratender“ Regierung zu bilden. Das lehnte ab. Die Partei wolle in der Opposition bleiben, bis Indien frei sei.

### Ernährungsfragen

**Berlin, 20. Dez.** In der Besprechung der Ernährungsminister wurde festgestellt, daß die Ernährung der Bevölkerung hauptsächlich von ausländischen Lebensmitteln erfordert, die bei der Finanzierung des Reichs aber nur durch Anleihen beschafft werden können. Der weitere Preisabbau der Landwirtschaft birgt die Gefahr, daß die Landwirtschaft selbst in Schwierigkeiten gerät; daher müssen die für die Landwirtschaft wichtigen Stoffe (Kunstdünger, Kohlen, Maschinen usw.) im Preis weiter ermäßigt werden. Die Vorräte der Reichsgetreidebestände reichen noch für längere Zeit. Die Ueberwachung der Preise ist fortzusetzen, um ein neues Anziehen zu verhindern. Der Preisunterschied zwischen der Milchabgabe des Erzeugers und der des Kleinhändlers soll vermindert werden.

### Verlängerte Arbeitszeit im Bergbau

**Berlin, 20. Dez.** In den deutschen Kohlengruben Ober- und Niederschlesiens und in Sachsen ist die verlängerte Arbeitszeit nunmehr eingeführt. Sie beträgt für Obereschlesien 8 1/2, in den übrigen Gebieten 8 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt, Transport usw. Im Braunkohlenbergbau besteht noch ein Widerstand der Bergarbeiter; wahrscheinlich wird das Reichsarbeitsministerium ein Zwangsgericht einrichten. Die Löhne haben sich für die laufende Woche im allgemeinen nicht verändert.

## Württemberg

**Stuttgart, 19. Dez.** Parlamentarische Konferenz. Die Zentralfraktion des württembergischen Landtags hat sich gestern nachmittag nach Hochheim begeben, wo eine Besprechung mit den Zentralfractionen Baden und Hessen stattfand.

**B. Würt. Frontkämpferbund.** Der große Saal des Herzog Christoph vereinigte am Mittwochabend eine große Anzahl ehemaliger Frontkämpfer aus dem Württemberg, Unteroffiziere- und Offiziersstand, welche zusammenkamen, um durch engeren Zusammenschluß dem Frontkämpferbund, welcher in fünf Jahren nach dem Krieg, auch infolge eigener Schuld, nicht die Achtung und die Achtung erhielt, die er auf Grund seiner Verdienste und höchsten Opfer für Heimat und Volk zu beanspruchen sollte. Nach reichlicher Aussprache wurde ein Aufruf mit dem Inhalt gefaßt, alsbald eine Versammlung zwecks endgültiger Gründung des Würt. Frontkämpferbundes in die Wege zu leiten. Der bisher bestehende Regimentsverband soll keine Konkurrenz ausüben, sondern der Bund soll alle eigenen Frontkämpfer und nur diese zusammen, um den Frontgeist im öffentlichen Leben im weitesten Sinn geltend zu machen. Neben den Erinnerungen an die alte Wehrmacht, der Verbreitung des vaterländischen Gedankens und der Wehrhaftigkeit tritt er insbesondere auch für die Interessen der Frontkämpfer, Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen im Berufs- und Wirtschaftsleben (Beamtenabbau) unter den alten Farben schwarz-weiß-rot ein. Mit überwiegender Mehrheit wurde beschlossen, den Frontkämpferbund auf völkischer Grundlage zu errichten und dies auch in den Satzungen zum Ausdruck zu bringen. — Der vorläufige Vorsitzende des Ausschusses, Herr Heinrich Becker, Stuttgart, Reinsburgstr. 152, stößt zu weiteren Auskünften zur Verfügung.

### Aus dem Lande

**Marbach a. N., 20. Dez.** Verbrannt. Beim Aufwachen von Kollatur verunglückte der 88 Jahre alte Drehermeister Jakob W. hier, dadurch, daß das Gefäß zerbrach und der brennende Inhalt sich über seine Kleidung ergoß. Nach qualvollen Stunden starb der Berunglückte an den schweren Brandverletzungen.

**Weinsberg, 20. Dez.** Schenkung. Von der Koblenhandlung Barth wurden der Kirchenpflege 20 Jtr. Kohlen zur Heizung während des Winters unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Außerdem hat Barth aus Weihnachtsanlass 25 bedürftige Haushaltungen je 1 Jtr. Beilets unentgeltlich zur Verteilung gebracht.

**Kirchheim u. L., 20. Dez.** Mehlpfende. Ein Geschäftsmann in der Karlstraße hat jedem Erwerbslosen zwei Pfund Mehl geschenkt.

**Danckswetter, 19. Dez.** Diebstahl. Bei Wirt Th. Rechenberger wurden 2 Jtr. Weizen, wertvolle Festungshaken, ein Riefelwagen und eine Röhre entwendet. Der Dieb schraubte auch eine elektrische Birne aus der Kellerwölbung heraus.

**Karlsruhe, 20. Dez.** Reichsfinanzminister Dr. Luther trat heute nachmittag hier ein, um mit der Regierung die schwedischen Finanzfragen zu besprechen.

## Württembergischer Landtag

**Stuttgart, 20. Dez.** Mit einer großangelegten Rede des Führers der Rechten, des Abg. Bazille, wurde heute vormittag die Aussprache über die politische und wirtschaftliche Lage fortgesetzt. Bazille wies darauf hin, daß nicht nur die ganze Demokratie, sondern auch Parlamentarismus und Liberalismus eine rettungslose Niederlage erlitten haben, daß die alten Forderungen der Deutschnationalen jetzt auch von Regierungsseite als notwendig anerkannt werden, daß die ganze nationalsozialistische Bewegung nicht nötig gewesen wäre, wenn die Sozialdemokratie das deutsche Volk nicht zugrunde gerichtet hätte, und daß man jetzt nicht am Grabe von Parlamentarismus und Demokratie stehen würde, wenn man die Rückschlüsse der Rechten befolgt hätte, anstatt sich von der Sozialdemokratie auf falsche Wege drängen zu lassen. Der Redner begründete dann eine Reihe von Entschlüssen in bezug auf den Beamtenabbau und forderte darin Aufhebung der Ämter und Stellen, die nach der Revolution unnötigerweise geschaffen worden sind, Entlassung derjenigen Beamten und Anstellungen, die nach ihrer Vorbildung die an das Berufsamtentum zu stellenden Anforderungen nicht erfüllen vermögen; Rücksicht auf die Bedürfnisse des Dienstes, auf den Wert und die Verdienste des einzelnen Beamten; Berücksichtigung der Tatsache, daß Württemberg die Zahl seiner Beamten nicht in dem Maß unendlich vermehrt hat, wie das Reich und andere Länder; Rücksicht auf Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte; Beachtung des Staatsvertrags zwischen dem Reich und Württemberg bei Zurückbehaltung von Verkehrsbeamten.

Bei den Sparmaßnahmen soll ferner auf einen guten Schulbetrieb und auf die Erhaltung der Landwirtsch. und Realchulen Rücksicht genommen werden. Außerdem wird die Vorlegung eines Begehrens verlangt, der die Kündigung von Knechten des Staats und der anderen öffentlichen Vorkerkstätten zu entwerteten Geld mit rückwirkender Kraft verbietet. Schließlich ging Bazille noch auf die Frage der Regierungsumbildung ein und vermittelte eine klare Antwort vom Regierungssitz. Die Sozialdemokratie werde es immer wieder, die Regierungsumbildung mit offenem Visier zu hindern und es sei beharrlich, daß die verschiedenen Parteien sich nicht zu dem Scheitern entschließen, der allein die große Gefahr bringe. Die Regierung müsse eine klare Vertrauenserklärung vom Reich verlangen und dürfe sich nicht bloß mit einer Ablehnung des Mißtrauens begnügen.

Der Redner brachte dann einen Antrag ein, worin er sagt: Das Staatsministerium hat nicht das Vertrauen des Landtags, der Landtag wird aufgelöst. Die Neuwahlen finden am 20. Januar 1924 statt.

Abg. Brudmann (Dem.) erklärte, daß die Rechte bei ihrer Normierung den wirklichen Grund aller Verleumdung außer Acht lassen, nämlich den Verlust des Reichs und den Zusammenbruch. Es gehörte Mut und Entschlossenheit dazu, das Erbte, das dem deutschen Volk hinterlassen wurde, anzutreten. Der Redner behandelte eine Reihe von wirtschaftlichen Fragen und erklärte schließlich, die Demokratie lehne eine innerpolitische Stellungnahme gegen die Arbeiterfront ab. Eine Rettung aus der heutigen Lage sei nur möglich unter der Zusammenfassung aller Kräfte in Deutschland. Abg. Egelhaaf (D. V.) führte aus, daß, solange die sozialdemokratischen Kollaturen den Klassenkampf predigen, ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie unmöglich bleibe. Man müsse dem ganzen Volk zeigen, daß das was Frankreich am Rhein verlor, rechtlich wiederholbar sei. Im übrigen müsse die Moral des Volkes gehoben werden.

In einer Abend Sitzung hofft man, die Aussprache beenden zu können.

## Aus Stadt und Land.

Magd., den 21. Dezember 1923.

### Vom Rathaus.

#### Gemeinderatsung vom 19. Dezember 1923.

**Verpachtungen.** Anträge, die sich aus der Ueberleitung von der Papier- zur Goldmarkrechnung bei den einzelnen Grundstücksverpachtungen ergaben, wurden erledigt. In einigen Fällen ist eine besondere Vereinbarung mit den Pächtern noch erforderlich. Die Schafweide der Stadt wurde für die Zeit vom 1. April bis 31. Dez. 1923 an den selbigen Pächter August Schill, Schäfer hier für 2300 Goldmark wieder verpachtet. Vor dem Krieg betrug der Pachtpreis 850 M.

**Stadtbauamtliche Angelegenheiten.** Das Stadtbauamt schlägt vor, die Herstellung von Straßen- und Gehwegschotter im Accord an die Reichslandarbeiter zu vergeben. Bei einer angenommenen maschinellen Leistung von 15 Cbm. im Tag entsteht ein Accordlohn innerhalb der Stadt (Hofgarten) 1 M und außerhalb derselben (Mittlerberge) 1 M 20 pro Cbm. Dem wird zugestimmt. — Für die Abgabe von Erzeugnissen aus den städt. Steinbrüchen Mittlerberge und Ziegelberg werden folgende Preise festgelegt: für Vorlagesteine 1 M 50 für das Brechen und 50 J als Bruchglas. Auswärtige Abnehmer zahlen 50 J mehr. Für Maneresteue und Garteneinfassungsplatten kommt ein Zuschlag von 50 J pro Cbm. in Betracht. Für Schotter ist zu erheben 7 M pro Cbm., für Kalkschlämme 8 M 50 pro Cbm. je ab Steinbruch.

Die Bauarbeiten für die Neubauten in der Hailerbacherstraße sind als Reichslandarbeiten in erster Linie für die Reichslandarbeiter der Stadt gedacht. Die Maurer- und Zimmerarbeiten sollen demnach in enger Konkurrenz unter Berücksichtigung auf hiesige Handwerker im Accord vergeben werden.

**Milchfragen.** Die Milchlieferungen haben sich in letzter Zeit ein wenig gebessert, sie sind aber immer noch nicht so, daß sie eine ausreichende Versorgung gewährleisten. Die Aufbringung in der Stadt von den hiesigen Kuhhaltern ist eine befriedigende, dagegen lassen die Lieferungen der Ufergemeinden viel zu wünschen übrig. Dem Oberamt soll entsprechend berichtet werden. Der Milchpreis ist auf 13. dt. Wts. auf 17 J beim Erzeuger, und der Kleinverkaufspreis

an der Ausgabe  
aufwand von  
nehmen.  
Dresden  
Durch eine  
H. H. ist die  
Württemberg  
noch eine Re  
solche Gemein  
größerer Bau  
wird es aus  
dieses Jahr  
holzes bezub  
weiter Kreise  
in der Stadt  
im Dresden  
drohete mo  
würden bei  
feiten läßt  
den. Rotmer  
als Kaufpreis  
wirklich Min  
ihren Verhält  
Einstimmung  
besteht best  
1. Jede  
2. Am. Beis  
soll. Das H  
mengen je n  
und Strohlo  
als Kaufpreis  
wird vor der  
2. Wind  
gewährt wird  
3. Säml  
und für sich  
unter Beihilf  
schaft öffentl  
4. Der B  
Bürgerverei  
woh gefaule  
Stadt mit e  
Kaufpreises  
Brennholzver  
Eine Ge  
kann nicht  
dung von R  
großer Schu  
gemeinen der  
empfiehlt es  
Zuweisungen  
aber ausdrück  
Sahre ab au  
sicht genom  
holzes wieder  
Löhne de  
der Heimgar  
torkünftigen  
Die Gemein  
Löhne des U  
Klasse II (So  
Landarbeiter  
auch in Verh  
mehr für die  
verlänger sind  
müssen. Die  
bringen zu  
herauszukom  
einer Familie  
die Notlage  
daß neben  
arbeiten am  
Ihr Leben  
heßen, wo e  
wären. Nach  
der ganzen  
legt, kann ein  
nicht in Frage  
Verstärkung  
von dem Spitz  
angenehm oder  
es ist deshalb  
jeweils die G  
bedauert diese  
geschick der  
vertraten sind  
eine Weibsch  
Weil, 1. B.  
gabe sollen au  
kriegsbeschäd  
Der Dorf  
den Bestimmu  
landsarbeiten  
werdenslos  
werden muß  
für die Reich  
Beiträge der  
Lennerficher  
weil diese nicht  
eingutreten  
arbeiters ist  
der Erwerblich  
nung für die  
die Arbeit oder  
weigerung g  
geben. Er ist  
Arbeit zu leiste  
20 Proz. erh  
Kindern wurde  
turalen Stelger  
nicht ausreicht  
sowohl es ihre  
tallen oder do  
weil Brot und  
sonst geeignete  
soll bis spätes  
sich deshalb in



Januar 20. Dez. ... die Ausprache ...

... auf einen ...

... die Rechte ...

Land. ...

... 1923.

... der Arbeiter ...

an der Ausgabe auf 22 J festgesetzt worden. Der Mehr...

Brennholzversorgung für das Versorgungsjahr 1924. Durch eine Verfügung des Arbeitsministeriums vom 8. Dez...

- 1. Jede Haushaltung wie im letzten Versorgungsjahr 2 Nm. Brennholz oder 3 Nm. unbesetztes Stochholz erhalten...

Die Besuche der Holzmacher und Notstandsarbeiter um Erhöhung ihrer...

Der Vorsitzende teilte im Anschluss hieran mit, daß nach den...

Die Notverordnung über die Arbeitszeit legt grundsätzlich die...

auf welche Weise die neue Notstandsarbeitsverordnung durch...

Wohnungsfragen. Die Wohnungen im Neubau der Calwerstraße...

Winters Einzug. Nach trübem, nasskalten Tagen hielt der Winter...

Ausfallender Arbeiterzug. Am Montag 24. und 31. Dezember...

An unsere Postbezieher! In diesen Tagen beginnt die Post mit dem Einziehen des Bezugsgebühres für den Monat Januar. Der Preis beträgt für den ganzen Monat Januar 2 Goldmark.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung)...

Die auf den Stichtag des 18. Dezember berechnete Grobhandelsindexziffer (Goldstand 1913 gleich 100)...

Wohnungsbedingungen in das altbesetzte Gebiet. Bis zum 24. Dezember...

Sonntags- und Arbeitererleichterungen. Um Störungen an den...

Die Notverordnung über die Arbeitszeit legt grundsätzlich die achtstündige...

arbeit zur Vermeidung von Verkehrsstockungen oder zur Annehaltung...

Die große Landwirtschaftliche Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft...

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 20. Dez. 42105 Millionen (am.). New York 1 Dollar 4 (4,16)...

Stuttgart, 20. Dez. Schlachttiermarkt. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof...

Weidenmarkt, 19. Dez. Marktbericht. Der Jutrieb zum Weihnachtsmarkt...

Kolnmarkt, 20. Dez. Vieh- und Pferdemarkt. Dem Vieh- und Pferdemarkt...

Balingen, 20. Dez. Viehmarkt. Zugeliefert wurden 18 St. Farren...

Elbingen a. D., 20. Dez. Schweinemarkt. Zugeliefert waren 50 Ferkel...

Stuttgart, 20. Dez. Obstmarkt. Edelweissel 20-22 J. Tafeläpfel 15-20...

Gemüsemarkt. Kraut 1,5-1,8. Kohlrabi und Röhrl 5-8...

Wetter. Die Reihe der Stürme, die vom Atlantischen Ozean über Mitteleuropa...



